

Positionspapier Europa und Außenwirtschaft

Das Fachforum Europa und Außenwirtschaft des Wirtschaftsforums der SPD e.V. setzt folgende Schwerpunkte bei seiner inhaltlichen Arbeit:

1. Zukunftsinvestitionen und europäische Wirtschaftsprojekte unterstützen

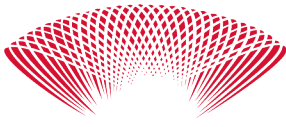
Wir bekennen uns zur Einheit Europas. Die EU ist nicht nur das größte und erfolgreichste Friedensprojekt auf dem europäischen Kontinent, sondern auch ein Wachstumsmotor und die Grundlage unseres wirtschaftlichen Erfolges. Die EU muss zusammenstehen, um sich als wichtiger Player auf dem Weltmarkt zu halten. Wir begrüßen die generell europafreundliche Ausrichtung des Koalitionsvertrages und den Aufruf nach einem Mehr an europäischer Integration. Die angekündigten Investitionen in Europa sind als ein positives Signal für die Wirtschaft zu verstehen, denn die europäische Wettbewerbsfähigkeit darf nicht durch eine überzogene Austeritätspolitik behindert werden.

Ein inklusives Wirtschaftswachstum ist der Motor von sozialem Wohlstand; länderübergreifend hat wirtschaftliches Potential den größten Entfaltungsspielraum. Deshalb fordern wir mehr Investitionen in europäische Wirtschaftsprojekte, mit europaweiten Produktionsstätten und Quellmärkten. Das Leuchtturmprojekt Airbus sollte als Beispiel dienen und nun in weiteren Projekten, wie bspw. einer europäischen Batteriezellenproduktion, wieder aufgegriffen werden.

2. Faire internationale Handelspolitik stärken

Die Stärkung des Außenhandels ist eines unserer Kernanliegen und Deutschland als Exportnation auf offenen, fairen Handel angewiesen. Ein multilaterales Handelssystem im Rahmen der WTO ist dafür die Grundvoraussetzung. Daneben setzt sich das Wirtschaftsforum der SPD e.V. für den Aus- und Aufbau bilateraler und regionaler Abkommen ein. So begrüßen wir beispielsweise den Abschluss des CETA-Abkommens mit Kanada, die Neuauflage des Handelsabkommens mit Mexiko und den Beginn des Ratifizierungsprozesses mit Singapur und Japan. Die Verhandlungen über eine Weiterentwicklung des TTIP-Abkommens sollten, unter geänderten Prämissen, wieder aufgenommen werden. Eine europäische Strategie über einen offenen und fairen Wettbewerb muss stets die Basis für die Gestaltung neuer Handelsabkommen sein.

Für die globale Sicherheit sind stabile wirtschaftliche Beziehungen zwischen den USA und Europa unerlässlich. Die einseitige Verhängung von protektionistischen Maßnahmen der USA, über die Entscheidung der WTO hinweg, ist der falsche Weg. Um eine Zollspirale zu vermeiden, setzen wir uns gemeinsam mit unseren europäischen Partnern für weitere Verhandlungen ein. Um das transatlantische Verhältnis auch in Zukunft aufrecht zu erhalten, müssen neben den Kontakten zum Weißen Haus und den



Ministerien vor allem auch dezentrale Beziehungen zum Senat und den Gouverneuren gestärkt werden.

Auch gegenüber herausfordernde Partnerschaften wie mit China und Russland sollte sich die Bundesregierung kooperativ zeigen. Als Mitglied der WTO muss China die Marktöffnung nach dessen Standards vorweisen. Die Bundesregierung sollte in diesem Zusammenhang über eine Ausschreibungspflicht im Projekt „Neue Seidenstraße“ verhandeln, denn dieses bietet auch für europäische Unternehmen viele Potentiale. Das Anti-Dumping-Instrumentarium der EU-Kommission kann jedoch nur als Gegenmaßnahme und im Rahmen der WTO Anwendung finden. Die Politisierung handelspolitischer Schutzinstrumente lehnen wir ab.

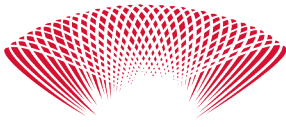
Das Verhältnis zwischen der EU und Großbritannien muss auch nach dem Brexit auf offenem und fairem Handel basieren. Dabei müssen auch deutsche Dienstleistungen und Finanzdienstleistungen sowie der freie Zugang zum Kapitalmarkt mitverhandelt werden. Ziel sollte es sein, ein Abwandern von Aktivitäten in Drittländer zu verhindern und den europäischen Standort zu stärken. Deutschland hat beispielsweise als größte Volkswirtschaft Europas mit seiner vorhandenen Kapitalmarktstruktur und als Zentrum für europäische systematische Finanzstabilität bereits natürliche Voraussetzungen, einen neuen Finanzplatz zu bieten.

Der Zugang von Arbeitskräften muss auch über den ausgehandelten Bestandsschutz hinaus - vor allem für Neuzugänge - geregelt werden, um einen Mangel an Fachkräften zu unterbinden. Um Rechtssicherheit für Unternehmen zu schaffen, ist eine stabile Fristsetzung des Austritts einzuhalten.

3. Eurostabilisierung und Institutionelle Weiterentwicklung der Europäischen Union

Die im Koalitionsvertrag festgelegte, stärker koordinierte Währungspolitik bewerten wir als positiv: Nur eine nachhaltige Stärkung der Eurozone kann den Euro krisenfest machen und Freihandel und faire Austauschbeziehungen garantieren.

Wir befürworten den Schulterschluss mit Frankreich zu einer institutionellen Weiterentwicklung der Europäischen Union und der Ausgestaltung eines neuen europäischen Finanzrahmens. Bei der Novelle der Kapitalmarktunion ist jedoch ein Gleichklang zwischen kapitalmarktbasierter Finanzierungs- und Kreditfinanzierungsmodellen erforderlich. Haftung und Kontrolle auf den Finanzmärkten muss in Einklang gebracht werden. Eine Zentralisierung der europäischen Einlagensicherung (EDIS) auf Kosten der Funktionsfähigkeit nationaler Sicherungssysteme lehnen wir deshalb ab. In den nächsten Jahren gilt es, die aktuell geltende EU-Einlagensicherungsrichtlinie umzusetzen sowie den Umfang ausfallgefährdeter Kredite in den jeweiligen Mitgliedsstaaten erheblich zu senken.



4. Den Binnenmarkt vollenden

Der europäische Binnenmarkt muss vollendet werden, damit digitale Geschäftsmodelle europaweit skalierbar werden. Der europäische Finanzsektor muss dafür grenzüberschreitende Investitionen beschreiten können.

Die europäische Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) modernisiert und vereinheitlicht das Datenschutzrecht und beseitigt Wettbewerbsverzerrungen zwischen europäischen Unternehmen. Die Ausgestaltung der Verordnung lässt jedoch viele Unsicherheiten offen und stellt datengetriebene Geschäftsmodelle sowie klein- und mittelständische Betriebe vor besondere Herausforderungen. Ein praktikabler Umgang mit Daten muss ermöglicht werden, damit der Austausch von Daten in Zukunft befördert wird und keinem Unternehmen der Zugang zu digitalen Geschäftsmodellen verwehrt bleibt. Um Wettbewerbsnachteile gegenüber Drittstaaten auszuräumen, sollte der Rechtsrahmen auf globaler Ebene, zum Beispiel im Rahmen der OECD, erweitert werden.

Internet of Things (IoT), Künstliche Intelligenz (KI), Blockchain und Cyberabwehr müssen europäisch gestaltet und Big Data zur Schlüsseltechnologie gemacht werden. Nur so haben deutsche Unternehmen die Chance, sich im Welthandel zu behaupten. Den Vorschlag eines deutsch-französischen Zentrums für KI möchten wir deshalb auf die europäische Ebene erweitern.

Die Vollendung des Energiebinnenmarktes ist weiterhin ein wichtiges Ziel, welches hinreichende Anstrengungen der Mitgliedsstaaten beim Ausbau der grenzüberschreitenden Kapazitäten bedingt. Das Ziel müssen weiterhin einheitliche Preiszonen für Strom und Gas in ganz Europa sein. Ein starker Energiebinnenmarkt fördert auch die Versorgungssicherheit.

Europa muss seine führende Rolle bei der Klimaschutzpolitik beibehalten. Das Emissionshandelssystem ist hierfür weiterhin ein Schlüsselinstrument. Es ist ernsthaft zu prüfen, wie weitere Systeme und Sektoren in das Instrument einbezogen werden können, ohne dabei die globale Wettbewerbsfähigkeit und -gerechtigkeit der Unternehmen zu verlieren.